

1. Die Landtagswahl 2008 in Niedersachsen – Wahl ohne Wahlkampf

Den Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen am 27. Januar wird eine erhebliche *bundespolitische Bedeutung* beigemessen. Alle im Bundestag vertretenen Parteien erwarteten mit Spannung die Ergebnisse zur weiteren politischen Kursbestimmung. Denn die politische Unsicherheit über den Ausgang dieser Doppelwahl war erheblich, insbesondere in Hessen.

Ungewissheit entstand zum einen durch die Partei die LINKE, der ca. 5 Prozent vorhergesagt wurden. Würde sie nach ihrem Erfolg im Stadtstaat Bremen erstmals auch den Sprung in die Parlamente der westdeutschen Flächenländer Niedersachsen und Hessen schaffen und würde sich damit die Umsortierung der politischen Lager fortsetzen? Schwer zu kalkulieren war außerdem das Verhalten der vielen unentschlossenen Wählerinnen und Wähler sowie die Auswirkungen der erwarteten geringen Wahlbeteiligung in Niedersachsen.

Die CDU befand sich angesichts dieser Entwicklungen in einer komfortablen Ausgangslage. Sie setzte im Wahlkampf auf den Vertrauensbonus ihrer Kanzlerin, auf den Amtsbonus der amtierenden Ministerpräsidenten Roland Koch und Christian Wulff, sowie auf die positive wirtschaftliche Entwicklung einschließlich rückläufiger Arbeitslosenzahlen. Im Gegensatz zu Roland Koch in Hessen, versuchte Christian Wulff in Niedersachsen polarisierende politische Positionen zu vermeiden und der SPD keine Angriffsflächen zu bieten. Er hoffte auf die Mehrheit der zufriedenen Niedersachsen und „eine völlig andere Grundstimmung als bei der vorangegangenen Wahl“ (HAZ vom 08.01.2008).

Die SPD, die der Parteivorsitzende Kurt Beck im Bund nur mit Mühe durch die politischen Verwerfungen in Folge der Agenda 2010 führt, befand sich dagegen in einer schwierigen Gesamtsituation. Sie erzielte bei Wählerumfragen bundesweit gerade einmal 30 Prozent der Stimmen und auch in Niedersachsen wurden dem sozialdemokratischen Herausforderer Wolfgang Jüttner lediglich 33 bzw. 34 Prozent der Stimmen für seine Partei vorhergesagt (44 bzw. 46 Prozent für die CDU: Forschungsgruppe Wahlen, 18.01.; Infatest-dimap, 17.01.2008). In dieser als aussichtslos erscheinenden Lage wäre ein offensiver Wahlkampf der SPD, wie ihn die Sozialdemokratin Andrea Ypsilanti gegen Roland Koch praktizierte, erforderlich gewesen.

Doch die niedersächsische SPD konnte bisher weder die politischen Verwerfungen der Schröder-Zeit überwinden, noch den anstehenden Generationswechsel vollziehen. Aus dieser politischen und personellen Konstellation konnte sie keine Wechselstimmung entfachen. Dem „netten“ Ministerpräsidenten Christian Wulff stehe der ebenfalls „nette“ Wolfgang Jüttner gegenüber, so charakterisierten weite Teile der Medien diese Wahl ohne Wahlkampf. Ohne größeres mediales Wahlkampfgetöse konkurrierten beide Kandidaten um die Gunst der Niedersachsen. Den Sozialdemokraten blieb angesichts ihrer politischen Mobilisierungsschwäche lediglich die Hoffnung, mit ihrer Programm-Ausrichtung auf das Thema der sozialen Gerechtigkeit wieder Teile ihrer alten Stammwähler an sich zu binden. Oder würden diese Wähler doch eher die Partei die LINKE stärken und ihr erstmals in den niedersächsischen Landtag verhelfen?

Die Frage nach dem Erfolg der LINKEN in Niedersachsen überdeckte in den Medien alle Spekulationen über das Abschneiden der GRÜNEN und der FDP. Nur daraus konnte sich überhaupt eine Gefahr für die Weiterführung der Regierungskoalition aus CDU und FDP ergeben. Die Wahl der FDP und der GRÜNEN in die Landtage von Hessen und Niedersachsen

galt als relativ sicher, da den GRÜNEN 7 Prozent vorhergesagt wurden, der FDP 7 bis 9 Prozent (Infatest-dimap, 17.01.2008, FG Wahlen vom 18.01. 2008). Der Einzug der LINKEN in Niedersachsen galt dagegen als unsicher, weil die prognostizierten 5 Prozent mit einem Fehlerspielraum von plus / minus 1,3 Prozent behaftet waren.

Ganz anders entwickelte sich die Situation in Hessen, wo ein „Kopf-an-Kopf-Rennen“ zwischen der CDU und der SPD erwartet wurde. Weil aber gerade bei der letzten Bundestagswahl 2005 die tatsächlichen Ergebnisse stark von den demoskopischen Vorhersagen abgewichen waren, verblieb selbst in Niedersachsen eine Unsicherheit, wer tatsächlich die nächste Regierung bilden könnte. Würde es auch bei diesen Landtagswahlen wieder erhebliche Abweichungen von den Vorhersagen geben, insbesondere durch die fortschreitende Umsortierung der politischen Lager?

Ähnlich unsicher waren die Einschätzungen zum Wahlausgang in der *Region Hannover*. Ein Rückblick auf die vorhergehenden Wahlen zeigt zwei gegenläufige Trends. Im Gegensatz zur politischen Situation in vielen anderen deutschen Großstädten, konnte die SPD ihre traditionelle Vormachtstellung in Hannover zuletzt bei der Bundestagswahl 2005 und auch bei der Kommunalwahl 2006 weiter festigen. Der CDU hingegen war es bei der Landtagswahl 2003 gelungen, infolge erdrutschartiger Verluste der SPD (Stadt: minus 13 Prozent, Region: minus 15 Prozent), diese erstmals seit 1982 wieder zu überflügeln. Die Kandidaten der CDU eroberten Direktmandate in fünf der sieben städtischen Landtagswahlkreise sowie in allen Wahlkreisen der Umlandgemeinden.

Möglich waren deshalb *drei Entwicklungen*:

- Eine positive Grundströmung für die CDU und ihren Ministerpräsidenten Christian Wulff wie schon 2003.
- Eine Wahl gegen diesen (prognostizierten) Trend, durch ein Anknüpfen an die hannoversche Traditionslinie als sozialdemokratisch geprägte Stadt wie bei den Wahlen 2005 und 2006.
- Eine Fortsetzung des allgemeinen Trends rückläufiger Wahlbeteiligung mit einer Schwächung beider Volksparteien (CDU, SPD) und einer Stärkung der GRÜNEN, der FDP und der Partei die LINKE.

Die parallel durchgeführten Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen ermöglichen außerdem den interessanten Vergleich zwischen den Großstädten Hannover und Frankfurt. Die politische Entwicklung in Hannover wird bisher durch eine außergewöhnliche sozialdemokratische Kontinuität und Dominanz geprägt. In Frankfurt hingegen steht Petra Roth für politische Kontinuität als langjährige CDU-Oberbürgermeisterin der Stadt. Die Frankfurter SPD ist hingegen seit Mitte der 80er vergleichsweise schwach, wodurch in der Vergangenheit mit unterschiedlichsten Parteibündnissen regiert werden musste. Derzeit ist Frankfurt die erste Metropole mit einer Koalition aus CDU und GRÜNEN. Die Landtagswahl in Hessen war für dieses Bündnis so etwas wie ein erster Stimmungstest.